

## N O T I Z E N

aus der 33. Sitzung des Bundesrates vom 24. Mai 1966

---

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Schaffner  
Abwesend: niemand  
Schriftführer: HH. Oser und Weber  
Protokolle: keine  
Beginn: 8 Uhr Schluss: 10 Uhr 50

---

Schriftliche AnträgeDepartement des Innern

Zuständigkeit zur Vergebung von Arbeiten und Lieferungen sowie zum Abschluss von Miet- und Pachtverträgen durch die Direktion der Eidg. Bauten

Herr von Moos erklärt sich auf Grund der Stellungnahme des EDI mit der vorgeschlagenen Aenderung des BRB einverstanden.

Herr Tschudi stellt nochmals fest, wie unbefriedigend die heutige Ordnung der Ausgabenkompetenzen der Bundesdienststellen konzipiert ist. Man werde daher dem Wunsche des JPD nach einer allgemeinen Ueberprüfung der Ausgabenkompetenzen entsprechen müssen.

Herr Bonvin bemerkt, dass die heutigen Ansätze aus dem Jahre 1914 datieren. Die Erhöhung der Ausgabenkompetenzen der Baudirektion bedeute auch eine Entlastung des Departementschefs.

Herr Gnägi weist darauf hin, dass die PTT-Kommission auch die Ausgabenkompetenzen der PTT erhöhen will.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass man die Anpassung ohne Präjudiz treffen kann.

Justiz- und Polizeidepartement

Beschwerde Paul Duttle, Bern, gegen das EPD, wegen Nichtbeförderung

Herr Spühler erklärt, dass er nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, dass man Leute, die unmittelbar vor der Pensionierung stehen, nicht mehr befördern sollte. Nachdem aber das FZD dem Antrag des JPD zustimme, opponiere er nicht, obwohl er vor der Richtigkeit der Entscheidung nicht überzeugt sei.

Der Herr Bundespräsident findet, dass man grundsätzlich die Personalpolitik den Departementen überlassen sollte.



Herr von Moos teilt an sich die Auffassung des Bundespräsidenten. Bei Duttler lägen aber die Dinge so, dass er befördert würde, wenn er nicht vor der Pensionierung stünde. Deshalb seien hier die Grundlagen für eine Gutheissung der Beschwerde gegeben.

Der Herr Bundespräsident erklärt, dass ihn besonders die Rückwirkungen auf den Personaldienst der Departemente störe. Er wolle aber ebenfalls nicht päpstlicher als der Papst sein.

#### Bodenspekulations-Initiative, Bericht des Bundesrates

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass man darüber einig sei, dass man vorwärts machen müsse.

Die vom Volkswirtschaftsdepartement beantragten Aenderungen hätten beim EDI wenig Anklang gefunden. Es handle sich um Anregungen auf Grund eines vom Generalsekretär des EVD entworfenen Textes.

Herr von Moos erklärt, dass er die Auffassung teile, dass man vorwärts machen sollte, wobei sich aber der Bundesrat die volle Freiheit vorbehalten müsse. Vor allem müsse man prüfen, ob im Hinblick auf die Vorschrift der Einheit der Materie die Begehren nicht auseinandergenommen werden müssen.

Was die Formulierung im Einzelnen betrifft, habe er eine Reihe von Vorschlägen für redaktionelle Aenderungen, die er der Bundeskanzlei übergebe.

Auf Seite 3 der Aenderungsvorschläge des EVD sei von der Einsetzung einer Arbeitsgruppe die Rede. Er möchte sich aber, was die Zusammensetzung dieser Gruppe aus staatsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Experten betrifft, nicht behaften lassen. Entweder soll dieser Satz gestrichen werden, oder dann durch einen Text ersetzt werden, wonach das JPD beauftragt wurde, die Studien unter Beizug von Sachverständigen zu Ende zu führen.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, dass man diese Formulierung ganz dem federführenden Departement überlassen müsse. Er könne sich mit jeder Anpassung, die das JPD wünsche, einverstanden erklären.

Herr von Moos bemerkt, dass die Ausführungen im Mitbericht des EDI schon etwas für sich hätten. Die gewünschten Retouches seien gerechtfertigt. Man könne nicht Argumente durch übertriebene Formulierungen entwerfen.

Er wirft die Frage auf, ob man nicht die formelle Entscheidung um eine Woche verschieben sollte auf nächsten Dienstag. Er beabsichtige nach der Sitzung zu den Bundeshausjournalisten zu gehen und sie persönlich zu orientieren.

Herr Spühler erklärt, dass es nicht sehr überzeugend wirke, wenn man jetzt noch die Einsetzung einer Arbeitsgruppe von Sachverständigen beantrage, weil man das schon früher hätte machen können. Zudem bestehe ja schon beim Innern die Kommission für Landesplanung.

Herr Gnägi stellt fest, dass man an der grundsätzlichen Stellungnahme festhalten müsse. Man stehe nicht nur unter einem zeitlichen Druck, sondern man stehe auch vor der Frage der Einheit der Materie. Es sei sicher viel besser, wenn man selber legiferieren könne. Im Bericht sollte man alle Superlative weglassen. So könnte man z.B. statt "kürzester Frist" "möglichst kurze Frist" sagen.

Was das Vorgehen betreffe, sei er der Meinung, dass man eine kleine Arbeitsgruppe aus den bestehenden Expertenkommissionen herausnehmen sollte, die in kurzer Frist einen Entwurf ausarbeiten soll. Man sollte deshalb im Bericht dort, wo die Arbeitsgruppe erwähnt wird, den Zwischensatz "der u.a. auch staatsrechtliche und volkswirtschaftliche Experten angehören sollen" streichen. Am Wortlaut Arbeitsgruppe sollte man festhalten, damit nicht der Eindruck entsteht, dass man eine grosse Expertengruppe bestimmen wolle. Das Geschäft könne ruhig bis am Dienstag warten. Der Vorsteher des JPD soll vor der Presse noch zusätzliche Ausführungen machen.

Der Rat ist damit einverstanden, den formellen Beschluss erst am Dienstag zu fassen. Bis dahin wird das JPD mit der Bundeskanzlei den Text des Berichtes bereinigen.

#### Aussprache

#### Bundeskanzlei

#### Bereinigte Gesetzessammlung, Loseblättersystem

Der Herr Bundeskanzler stellt in Ergänzung des schriftlichen Berichtes fest, dass der Bundesrat sich zu entscheiden habe, ob er sich der Auffassung der Kommission, das Loseblättersystem zu wählen, widersetzen wolle.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, dass man den Entscheid den Sachverständigen überlasse.

Herr von Moos ist ebenfalls der Auffassung, dass es keinen grossen Sinn haben könne, vom Bundesrat aus etwas zu unternehmen. Was die Sache selbst betrifft, sei er über die neue Art des Legiferierens / gar nicht befriedigt. Er frage sich, ob sich aus dem Loseblättersystem nicht eine Doppelspurigkeit zur laufenden Sammlung ergebe. Er wünscht Auskunft, ob man die AS noch brauche, wenn man die BS bereinige. Der Sprechende erwähnt ein Beispiel, wonach eine Reihe von Erlassen aufgehoben wurden. Diese wurden nachträglich wieder in Kraft gesetzt. Hier zeige sich der Nachteil einer Sammlung mit losen Blättern.

Der Herr Bundeskanzler antwortet, dass die laufende Sammlung weitergeführt werde. Sie werde allen Abonnenten geschickt. Daneben bestehe eine Sammlung von losen Blättern auf stärkerem Papier. Eine Aenderung des Rechtskraftbeschlusses sei nicht nötig.

- 4 -

U m f r a g eHr. B o n v i nHilfe für das englische Pfund

Herr Bonvin orientiert über die Angelegenheit und stellt einen schriftlichen Spezialbericht in Aussicht.

Kauf von Boden für Beamtenwohnungen in Muttenz

Herr Bonvin teilt mit, dass die ständerätliche Kommission den Anträgen des Bundesrates in dieser Frage zugestimmt habe. Eine Woche nachdem der Bund sich den Boden gesichert hatte, habe die chemische Industrie statt Fr. 200.- einen Preis von Fr. 300.- pro m<sup>2</sup> angeboten. Er weist auf die a.o. Bevölkerungsdichte in Basel hin und auf die sehr prekären Wohnverhältnisse für unsere Beamten. Nun werde uns weiterer Boden in der Nachbarschaft zum gleichen Preise offeriert. Herr Bonvin ersucht um die Ermächtigung, auch dieses Terrain zu kaufen. Wenn man diesen Boden erwerbe, werde gleichzeitig die bebaubare Oberfläche wesentlich vergrössert. Die ständerätliche Kommission sei mit dem Kauf einverstanden gewesen. Sie wollte aber den Beschluss noch nicht ändern. Sie will nochmals zusammentreffen, um ev. die Zahlen anzupassen, wenn der Kauf perfekt geworden sei.

Herr Tschudi stellt fest, dass die Bemerkungen von Herrn Bonvin über die Dichte der Besiedlung zutreffen. Darüber, ob der Preis vorteilhaft sei, gehen die Meinungen auseinander. Die Behörden von Muttenz finden, der Bund habe zu viel bezahlt. Entscheidend sei hier aber das Gelände. Die bestehenden Schwierigkeiten in der Ueberbaumungsmöglichkeit werden durch die vorgesehene Erweiterung des Bodens sehr verbessert und das Bauen wird rationaler. Wir sollten also zugreifen.

Herr Bonvin stellt fest, dass man mit der Gemeinde <sup>ge-</sup>sprochen habe und dass sie einverstanden sei.

Vorprojekt zum Nationalbankgesetz

Herr Bonvin teilt mit, dass man die Presse orientiert habe und dass Herr von Känel eine Fernsehsendung gewünscht habe. Herrn Redli seien für die Sendung "Antenne" 5 Minuten bewilligt worden. Die Herren in Zürich hätten dann die Redezeit von 5 Minuten auf 3 1/2 Minuten verkürzt. Damit sei die interessanteste Partie der Sendung gar nicht mehr zur Geltung gekommen. So könne man nicht mehr mit der Television zusammenarbeiten. Der Bundesrat muss einmal mit diesen Leuten Kontakt nehmen. Herr Bonvin erinnert an den Fall, als das Fernsehen bei Ausführungen, die er machte, nur das Bild gebracht habe, aber nicht den Ton.

Der Herr Bundespräsident erinnert daran, dass man eine Aussprache mit den Leuten vom Fernsehen vorgesehen habe. Von Seiten des Bundesrates sollen daran teilnehmen: Der Herr Bundespräsident, Herr Spühler und Herr Gnägi. Man könne dann auch die von Herrn Bonvin erwähnte Angelegenheit behandeln.

- 5 -

Herr von Moos stellt fest, dass kein Vertreter der Westschweiz dabei sei, obwohl man auch mit dem Radio und dem Fernsehen der Westschweiz Schwierigkeiten habe.

Es wird beschlossen: Die Delegation des Bundesrates ist durch Herrn Bonvin zu ergänzen.

Hr. C h a u d e t

Abwesenheit von der Freitagsitzung  
Motion Bringolf

Herr Chaudet wird an der Freitagsitzung nicht teilnehmen. Er möchte, dass am nächsten Dienstag die Motion Bringolf behandelt werde.

Herr Spühler erklärt, er werde noch einen Mitbericht machen.

Auslegung von Artikel 18 BV, Bezeichnung eines neutralen Juristen

Herr Chaudet hat schon in einer früheren Sitzung festgestellt, dass die Kommission zur Behandlung der Initiative Borel (Zivildienstpflicht) beantragt habe, einen neutralen juristischen Experten beizuziehen.

Nach kurzer Beratung wird beschlossen, dass Herr Chaudet Herrn Prof. Bridel anfragen soll.

Hr. S p ü h l e r

Unabhängigkeitserklärung Argentiniens

Wie Herr Spühler mitteilt, sind diese Feierlichkeiten wegen der Ueberschwemmungen abgesagt worden. Damit falle die Delegation unter der Leitung von Herrn Direktor Stopper dahin.

Konflikt in Vietnam

Herr Spühler erinnert daran, dass er den Rat schon wiederholt über diese Angelegenheit orientiert habe (Anfrage des Papstes, Note des nordvietnamischen Staatschefs, Gespräche mit U'Thant). Es gebe viele Leute, die glauben, dass die Schweiz hier eine Mission zu erfüllen habe, und dass ein Appell der Schweiz genügen würde. Das EPD sei der Auffassung, dass es nötig sei, sehr sorgfältig zu rekognoszieren, welche Kanäle zur Verfügung stehen, um mit Hanoi in Kontakt zu kommen. Vielleicht bestünde eine Möglichkeit dazu, über eine nichtmilitärische Hilfeleistung. Man sollte, trotz geringen Chancen, abzuklären versuchen, wie Hanoi auf ein schweizerisches Hilfsangebot reagieren würde, z.B. auf Lieferung von Blutplasma oder dergleichen. Was den Ort für solche Kontakte betrifft, scheine sich eine Möglichkeit in Algier abzuzeichnen. Dort habe Hanoi einen besonders guten diplomatischen Vertreter. Ebenso haben wir in unserem Botschafter, Herrn Marquart, einen guten Mann.

Herr Spühler ersucht den Rat um Zustimmung, dass in Algier Sondierungen in zurückhaltendem Sinne durchgeführt werden.

- 6 -

Herr Bonvin findet den Antrag sehr gut. In Algerien bestehen noch Erinnerungen an die von uns geleisteten guten Dienste.

Der Rat ist damit einverstanden.

Angelegenheit der Vietnamkinder; "Terre des hommes"

Herr Tschudi stellt im Zusammenhang mit einer Bemerkung von Herrn Bonvin wegen der Evakuierung von Vietnamkindern fest, dass er wegen der Behandlung dieser Kinder durch die Fremdenpolizei Proteste erhalten habe.

Herr Gnägi ergänzt diese Feststellung durch die Mitteilung, dass auch die Tagesschau darüber berichtet habe.

Herr von Moos erklärt, dass er die Angelegenheit in der Umfrage zur Sprache bringen wollte und die Gelegenheit benütze, um jetzt darauf einzutreten. Ueber die Angelegenheit der Vietnamkinder sei er nur am Rande orientiert gewesen. Die Fremdenpolizei habe ihm vor vielen Wochen darüber berichtet. Als er dann am letzten Sonntag von einer Kommissionssitzung heimgekommen sei, habe er ~~eine Menge~~ Protesttelegramme und Protestbriefe vorgefunden, worin wegen der "unmenschlichen Behandlung" der Kinder durch die Fremdenpolizei reklamiert werde. Er sei dann von der Fremdenpolizei orientiert worden, dass Veranstalterin der Aktion eine "Terre des hommes" genannte Organisation in Lausanne sei. Es handle sich um Idealisten, die aber von allen andern Hilfsorganisationen (Rotes Kreuz etc.) als Aussenseiter betrachtet werden. Herr Umbricht habe Herrn von Moos gegenüber ebenfalls die Auffassung vertreten, dass man diesen Leuten gegenüber sehr zurückhaltend sein sollte.

Diese Organisation sei an die Fremdenpolizei mit dem Wunsche gelangt, kriegsverletzte Vietnamkinder in der Schweiz aufzunehmen. Die Fremdenpolizei habe dem Vertreter der "Terre des hommes", Herrn Dr. Hahn, gegenüber bemerkt, dass zu wenig Spitalbetten verfügbar seien. Der Organisation seien dann 163 Betten zugesichert worden, vor allem aber Betten in Kinderheimen, worauf die Fremdenpolizei erklärt habe, dass man kriegsverletzte Kinder nicht gut in Kinderheimen unterbringen könne. Sie habe, um Klarheit zu schaffen, im November 1965 eine Konferenz durchgeführt, an der ausdrücklich vereinbart wurde, dass nur kriegsverletzte Kinder aufgenommen werden sollen, nicht aber Kinder mit gesundheitlichen Störungen, die auf andern Ursachen beruhen. Die "Terre des hommes" habe diese Abmachung ausdrücklich bestätigt. Die Fremdenpolizei habe dann die Einreise für 35 Kinder bewilligt, musste dann aber an Hand der Liste feststellen, dass ein Teil dieser Kinder gar nicht kriegsverletzt war. Dr. Hahn begab sich wieder nach Vietnam und brachte eine neue Liste, wobei aber wieder nicht alles Kriegsverletzte waren. Man habe vereinbart, dass auch andere Länder einige dieser Kinder übernehmen (Italien, Belgien u.a.). Als nun der Transport in Genf angekommen sei, habe die "Terre des hommes" sich plötzlich nicht mehr an die Abmachungen gehalten und in einem Communiqué erklärt, dass sie alle Kinder in der Schweiz unterbringen wolle, dass aber die Fremdenpolizei das ablehne. Dieses Communiqué habe nun die Protestwelle ausgelöst.

Herr von Moos hätte sofort eine Besprechung mit Dr. Hahn und E. Kaiser von der "Terre des hommes" durchführen wollen, damit

- 7 -

diese bestätigen, was unterschrieben worden sei. Diese Besprechung könne aber erst heute vormittag um 10 Uhr stattfinden. Wegen Abwesenheit des Departementschefs, wird Herr Dr. Riesen die Konferenz präsidieren. Von der Fremdenpolizei werden Herr Mäder und Herr Tzaut anwesend sein.

Der Sprechende könne nicht verstehen, dass unsere Presse derartige Meldungen bringe, ohne sich vorher zu erkundigen. In der ganzen Angelegenheit habe die "Terre des hommes", der er eher sympathisch gegenüber gestanden sei, einen schlechten Eindruck gemacht.

Herr Chaudet bemerkt, dass die "Terre des hommes" auch die Hilfe des Militärs verlangt habe. Es wundere ihn nicht, dass das Rote Kreuz zurückhaltend gewesen sei. Bei diesen Leuten handle es sich um Idealisten, die aber ihre Wohltätigkeit mit Politik vermischen. So benütze sie jede Gelegenheit, um die Amerikaner anzugreifen.

Herr Spühler teilt mit, dass er zu dieser Angelegenheit einen Bericht erhalten habe, woraus sich ergebe, dass der Kindertransport nicht den getroffenen Abmachungen entspreche. Die "Terre des hommes" habe recht grosse Schwierigkeiten, Kinder aus Vietnam zu bekommen, weil diese keine Ausreisebewilligung erhalten. Das versuchen sie durch Angriffe auf die Behörden zu verdecken. Zudem bestehen in der "Terre des hommes" selber Uneinigkeiten. In Südvietsnam arbeiten zwei Frauen sehr gut für diese Organisation. Man könnte diesen über das Rote Kreuz Medikamente zur Verfügung stellen und damit der Kritik etwas entgegenwirken. Dem Sprechenden sei mitgeteilt worden, dass auch die französischen Behörden zurückhaltend reagieren.

Herr von Moos ergänzt, was die 13 Kinder, die von Italien übernommen werden, betrifft, so entspreche dies den Abmachungen. Anders verhalte es sich mit den Kindern, die in Holland untergebracht werden sollen. Hier werde er die Fremdenpolizei anweisen, zu erklären, wenn die "Terre des hommes" Plätze für diese Kinder in der Schweiz finde, werde man keine Schwierigkeiten machen.

Der Rat nimmt von diesen Ausführungen Kenntnis.

#### Ausstellung alter Schätze des Irans in Genf

Wie Herr Spühler mitteilt, habe ihm der iranische Botschafter erklärt, dass am 7. Juni in Genf unter dem Patronat der Schwester des Schah die erwähnte Ausstellung eröffnet wird. Der Bundesrat sollte sich bei dieser Eröffnung vertreten lassen. Anschliessend finde ein Empfang statt.

**Beschluss:** Nachdem kein Mitglied des Bundesrates teilnehmen kann, wird es Herrn Spühler überlassen, zu entscheiden, ob er Herrn Keller in Genf oder den Generalsekretär des EPD mit der Vertretung des Bundesrates betrauen will.

Hr. T s c h u d i

Grundsteinlegung des Flughafens Basel-Mühlhausen

Herr Tschudi teilt mit, dass diese Veranstaltung für uns ein grosser Erfolg gewesen sei. Der französische Vertreter, Minister Joxe, habe in seiner Ansprache die beste Gesinnung gegenüber unserem Lande bekundet und Worte grössten Verständnisses für unsere Haltung gefunden. Im Privatgespräch habe er die Ansicht geäußert, dass die Vereinigten Staaten den Vietnamkrieg nicht gewinnen können.

Balzan-Stiftung

Wie Herr Tschudi mitteilt, läuft das Amt des italienischen Generalkommissärs für die Stiftung Premio ab. Es ist vorgesehen, dafür ein Komitee einzusetzen. Nach den Statuten muss auch die Schweiz einen Delegierten bezeichnen. Herr Tschudi habe zuerst Herrn Ständerat Zellweger angefragt. Dieser habe Herrn Singer vorgeschlagen. Wäre der Rat damit einverstanden?

Herr Spühler bemerkt, wenn Herr Zellweger nicht wolle, so sei Singer der richtige Mann.

Der Rat ist einverstanden.

Hr. GnägiWahl des Weltpostdirektors

Herr Gnägi bemerkt im Zusammenhang mit dem Misserfolg unserer Kandidatur Sauser, dass die neuen Staaten in den Wahlfragen ihre eigene Politik betreiben. Gestern habe ihm Herr Schasinger telephonisch mitgeteilt, dass der Beschluss für den Bau im obern Murifeld gefasst worden sei.

Herr Bonvin vertritt die Auffassung, dass dort, wo wir Positionen besetzt haben, diese Leute ihre Nachfolge möglichst früh vorbereiten sollten.

Herr Spühler fragt sich, wie weit man einen Nachfolger vorbereiten könne. Er stellt fest, dass die GD PTT immer eine unklare Haltung eingenommen habe. Sie habe Prof. Meyer in den Vordergrund gestellt. Der Bundesrat habe ihm eine Chance gegeben. Er habe dann mit der Kandidatur Sauser eine klare Position bezogen. Der Vorwurf, man habe Sauser den Titel Direktor nicht gegeben, treffe nicht zu. Entscheidend in dieser Frage war die Tendenz, dass man die internationalen Organisationen so aufzieht, wie dies der neuen Situation entspricht. Soll sich die Schweiz wirklich darauf kaprizieren, alle ihre Positionen zu halten? Viel wichtiger erscheine in diesem Fall, dass der Weltpostverein in der Schweiz bleibt. Man müsse deshalb feststellen, dass die Sache sehr gut herausgekommen sei und wir zufrieden sein können.

Herr Gnägi teilt diese Auffassung und stellt fest, dass wir uns um solche Positionen nur interessieren können, wenn wir übertragende Persönlichkeiten vorschlagen können.

### Nachfolge im Präsidium der Generaldirektion PTT

Herr Gnägi stellt einleitend fest, dass der Bundesrat ihn durch Beschluss vom 10. Mai 1966 ermächtigt habe, die Stelle nicht auszuscheiden.

Was den Ersatz von Präsident Wettstein betrifft, sollte man nicht parteipolitische Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen. Bei den SBB werde die Nachfolge viel gründlicher vorbereitet als bei der PTT. Das Präsidium der Generaldirektion sollte Tuason übernehmen. Man könne sich nicht gut vorstellen, dass Herr Ducommun mit dieser Aufgabe betraut werden könnte. Herr Wettstein habe sich zu dieser Frage nicht geäußert. Dagegen habe Herr Tuason erklärt, er würde es nicht verstehen, wenn er übergangen würde.

Schwierig sei die Frage der Nachfolge Wettsteins als Generaldirektor des Fernmeldedepartementes. Weite Kreise erwarten, dass man einen Techniker, bezw. Ingenieur einsetzt. Dass Tuason oder Ducommun das Departement wechseln und dass einer von ihnen das Fernmeldedepartement übernimmt, kann angesichts der schwierigen technischen Probleme, die zu lösen sind und verstanden sein müssen, nicht befürwortet werden.

Es stelle sich somit die Frage der Nachfolge innerhalb des Kadens der Generaldirektion oder der Berufung.

Wettstein stelle Vizedirektor Locher in den Vordergrund. Herr Gnägi habe Bedenken im Hinblick auf die Persönlichkeitswerte. Er habe sich nie als Chef bewähren müssen.

Für eine Wahl im Wege der Berufung habe er an Prof. Furrer, Direktor der Radio Schweiz gedacht. Dieser sei aber 61 Jahre alt und möchte nicht mehr wechseln und empfiehlt einen Herrn Lett. Lett habe einen ausgezeichneten Eindruck gemacht, sei aber erst 40 Jahre alt. Wenn man ihn älteren Beamten der Generaldirektion vorziehe, führe das zu erheblichen internen Schwierigkeiten. Er wird abgelehnt, weil damit für viele die Aufstiegsmöglichkeiten für längere Zeit blockiert würden. Weiter habe Herr Gnägi bei Professor Weber von der ETH sondiert. Dieser habe erklärt, dass er bei der ETH eine neue Aufgabe übernommen habe, der er sich jetzt widmen wolle. Der Sprechende habe sich dann auch ohne Erfolg bei der Industrie umgesehen. Die letzte Sondierung erfolgte bei den Kreistelefondirektoren. Auch hier fehle es an Persönlichkeiten. Damit habe sich gezeigt, dass Kandidaten ausserhalb der PTT-Verwaltung nicht in Frage stehen.

Es bleiben als mögliche Anwärter innerhalb der Generaldirektion, der Direktor der Fernmeldedienste, Charles Lancoud, der Vizedirektor dieser Dienste, Fritz Locher und der Chef der Finanzabteilung, Fritz Säuser. Nachdem Säuser Jurist sei, dürfte er als Chef dieses technischen Departementes nicht in Frage kommen. Ueber Locher habe sich der Sprechende schon geäußert. Es verbleibe somit noch Direktor Lancoud. Dieser hat alle fachlichen Voraussetzungen. Er ist sechzig Jahre alt und katholischer Observanz, gehöre aber keiner Partei an. Seine Wahl würde dazu führen, dass in der Generaldirektion zwei Welsche, bezw. zwei Vertreter katholischer Observanz figurieren würden. Man könnte diese Lösung als Uebergangslösung in Kauf nehmen. Herr Gnägi möchte die Wahl noch vor den Ferien vornehmen.

Herr Spühler möchte die Frage des Präsidiums und die Nachfolge in der Generaldirektion des Fernmeldedepartementes ebenfalls auseinanderhalten.

Die Frage des Präsidiums würde er noch offen halten. Es sei immerhin denkbar, dass man als neuen Generaldirektor des Fernmeldedepartementes eine Persönlichkeit finden würde, die das Format für das Präsidium hätte.

Was die Nachfolge Wettsteins als Generaldirektor des Fernmeldedepartementes betreffe, komme ein Wechsel von Tuason oder Ducommun in dieses Departement nicht in Frage, weil man dafür mit Recht einen Techniker in Aussicht nehme. Bei einer Nachfolge innerhalb der PTT-Verwaltung sei er ebenfalls der Meinung, dass es richtig wäre, Lancoud zum Generaldirektor des Fernmeldedepartementes und Locher zum Direktor der Fernmeldedienste zu befördern. Dem Umstand, dass man an der Spitze zwei Welchse hätte, komme im Hinblick auf die Untervertretung der Welschen an andern Orten, keine Bedeutung zu. Auch das konfessionelle Element sei nicht so wichtig. Für kurze Zeit könne man solche Dinge in Kauf nehmen.

Die ganze Situation führe den Sprechenden aber zur Frage, ob man wirklich so vorgehen müsse. Er halte jetzt doch dafür, dass man die Stelle ausschreiben sollte. Man sollte doch versuchen, ob man nicht jemanden finde, der fachlich geeignet wäre und das richtige Alter (~~ca 55 Jahre~~) hätte. Den Zeitverlust von etwa 2 Monaten könne man in Kauf nehmen. Man würde die Wahl dann unmittelbar nach den Ferien treffen.

Der Herr Bundespräsident teilt diese Auffassung. Es handle sich doch immerhin um eine schöne Stellung. Dazu komme, dass das höhere Kader in der Privatwirtschaft im Vergleich zu denjenigen der Bundesverwaltung schlecht versichert sei.

Im weitem frage er sich (im Hinblick auf eine Kandidatur Lett), ob wirklich die Anstellung eines jungen Mannes so etwas Unmögliches sei. Wäre es so schlimm, wenn Lett so lange Zeit Generaldirektor wäre, wenn er wirklich so brilliant ist?

Herr Bonvin empfiehlt, dass man künftig bei der PTT die Frage der Nachfolge auf längere Frist vorbereitet, wie dies bei den SBB der Fall ist. Könnte man nicht die Uebergangslösung wählen und gleichzeitig einen Jungen in einer unteren Chefbeamtenposition einstellen, um ihn als Nachfolger vorzubereiten?

Herr Chaudet wäre bereit, nach Vorschlag Bonvin vorzugehen. Wenn man die Stelle ausschreibt und dann zuletzt doch jemanden aus der Verwaltung (Vizedirektor Locher) nehmen müsste, so erscheine das etwas heikel. Was die politische Zusammensetzung betrifft, so sollte man schon gute Gründe haben, bevor man darauf verzichtet, einer gerechten Vertretung der Parteien Rechnung zu tragen.

Der Herr Bundespräsident vertritt die Auffassung, dass durch die Ausschreibung die Nachfolge in keiner Weise verhindert werde.

Herr Gnägi findet es richtig, dass man auch bei der PTT der Frage der Vorbereitung der Nachfolge künftig mehr Beachtung schenkt. Immerhin sei dies bei den SBB leichter als bei der PTT, weil die Aufgabe der SBB etwas einheitlicher ist. Bei der PTT sei es nicht möglich, dass einer alle Sparten kenne.

Heute müsse entschieden werden, ob eine Ausschreibung stattfinden soll oder nicht. Eine Ausschreibung habe nur einen Sinn, wenn man damit rechnen könne, dass man interessante zusätzliche Anmeldungen erhalte. Bei der Industrie heisse es, dass gegenwärtig niemand vorhanden sei, der in Frage käme. Die Ausschreibung werde uns also nicht weiterführen und habe den Nachteil, dass man die Wahl erst nach den Ferien treffen könne, womit sich auch für die allfälligen weiter nötig werdenden Wahlen Verzögerungen ergeben. Wird die Stelle ausgeschrieben und muss man nachher doch Lancoud oder Locher nehmen, so sei das auch wenig glücklich.

Herr Spühler insistiert, dass ausgeschrieben wird, schon aus der Ueberlegung, dass man dann wirklich alles was möglich war, getan habe, um die Frage der Nachfolge abzuklären. Heute habe man nur die Wahl zwischen Lancoud und Locher. Ein Anrecht auf Beförderung bestehe nicht. Wenn man aber jemand von auswärts einem Kandidaten aus der Verwaltung vorziehe, müsse das schon ein ausgezeichneter Mann sein. Die Vorbereitung gebe nicht so viel Arbeit.

Der Herr Bundespräsident spricht sich ebenfalls nochmals für Ausschreibung aus und weist darauf hin, dass das Beamtengesetz die öffentliche Ausschreibung vorschreibt und dass die Besetzung ohne Ausschreibung nur in Ausnahmefällen vorgesehen sei.

Herr Chaudet bemerkt, dass mit der Ausschreibung der Eindruck entstehe, dass die in der Verwaltung zur Verfügung stehenden Chefbeamten nicht gut sind.

Herr Bonvin regt an, dass jedes Ratsmitglied sich etwas nach möglichen Kandidaten umsieht.

Ein Beschluss wird nicht gefasst.

#### Abwesenheit von der Freitagsitzung

Herr Gnägi ist dienstlich verhindert und kann deshalb nicht an der Sitzung teilnehmen.

### Präsidialvorbringen

#### Eidg. Hornusserfest in Lyss vom 19. - 21. August

Herr Gnägi wird abgeordnet. (s. Beschlussprotokoll).

#### Rücktritt von Franz Seiler als Zentralpräsident des Hoteliervereins

Dem Wunsche, einen Bundesrat zur Vornahme der Laudatio abzuordnen, kann nicht entsprochen werden. Es wird beschlossen, einen Vertreter des BIGA abzuordnen.

Anmerkung des Schriftführers: Wie der Bundeskanzlei nachträglich mitgeteilt wird, hat Herr Dr. Redli die Vertretung des Bundesrates übernommen. (s. Beschlussprotokoll).

#### Internationale Musikfestwoche in Otto Beuren

Nachdem Herr Dr. Stettler die Vertretung des Bundesrates nicht übernehmen kann, gehen die Akten an das EDI zur Bezeichnung eines Vertreters.

### Besprechung mit der Nationalbank

Der Herr Bundespräsident teilt mit, dass die Besprechung mit der Nationalbank stattgefunden habe. Im Hinblick auf die Zukunft sei man nicht gleicher Meinung. Herr Schwegler habe über die von der Nationalbank getroffenen Massnahmen orientiert. Sie habe dafür über eine Milliarde Franken eingesetzt. Trotz allen Bemühungen der Nationalbank, die Zinssätze unten zu halten, klettern diese in die Höhe. Es handle sich um eine Erscheinung, die überall in Europa festzustellen sei. Die Auftaumöglichkeiten des FZD seien aber begrenzt und hätten den Charakter der Einmaligkeit. Die Situation sei wenig beruhigend. Man stelle einen grossen Mittelabfluss ins Ausland fest. Man könne nun die schweizerischen Obligationen dem ausländischen Publikum voll zugänglich machen. Schwegler glaube aber, dass man hier sehr vorsichtig vorgehen müsse. Angesichts der Situation habe man der Nationalbank empfohlen, die Schuld nicht dem Bundesrat zuzuschieben. Unsere Beamten seien beauftragt worden, mit der Nationalbank Fühlung zu nehmen. Wenn man schon auftaue, dann müssen die Emissionen sehr sorgfältig kontrolliert werden. In materieller Hinsicht sei man mit der Nationalbank völlig einig. Wie erwähnt, setze sie sich voll ein, um den Zinsfuss niedrig zu halten. Sie mache aber viel zu wenig in Publizität. Man werde versuchen, das noch vor den Ferien in Ordnung zu bringen.

Herr Tschudi dankt für die Orientierung und die Bemühungen. In politisch psychologischer Hinsicht sei auf die vielverbreitete Meinung hinzuweisen, wonach erklärt werde, "der Bundesrat habe die heutige Situation gewollt und mit seinen Massnahmen angestrebt. Das sei die Folge unserer Politik". Es wird grosse Mühe brauchen, um die Oeffentlichkeit zu orientieren. Es gebe zu viele, die daran interessiert seien, dass die Wahrheit nicht publik wird.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, die Chancen, weiterer Kapitalabfluss zu verhindern, seien gering. Wenn man die Lage schildere, dann riskiere man, dass noch mehr Kapital dorthin abwandere, wo man höhere Zinsen erhalte. Andererseits müsse aber die Nationalbank die Oeffentlichkeit besser über ihre Anstrengungen orientieren.

Herr Bonvin macht Vorbehalte gegen eine zu weitgehende Publizität. Man provoziere damit die Frage, warum man bei dieser Lage noch am Kreditbeschluss festhalte. Die neue bedrohliche Tatsache sei der Kapitalexport der schweizerischen Ersparnisse.

Der Herr Bundespräsident glaubt, dass die öffentliche Hand mit ihrem Submissionssystem zu teuer baue. Es gebe heute z.B. in Zürich private Bauunternehmungen, die unterbeschäftigt seien. Der Bund zahle 30 % mehr, als wenn er die Aufträge einem privaten Generalunternehmer erteilen würde. Man könnte hier auch die Konkurrenz zwischen den einzelnen Generalunternehmern spielen lassen.